



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Die Jubelfeier in Baden. Großherzog Friedrich und Bismarck. Englische Preßpolemik. Die Times über die Geschichte der englischen Ententen. Der Reichskanzler und die Bahn Rubub-Reetmanshop. Prinz Hohenlohe und sein Nachfolger. Preussische Minister aus rheinischen Bankfontoren. Bismarck und die Risspiraten.)

So wenig in unsrer an Festlichkeiten überreichen Zeit ein Bedürfnis nach solchen für den arbeitenden Teil der Nation vorhanden sein kann, so ist es doch erfreulich, daß die festliche Stimmung, die anlässlich der Jubiläen im großherzoglichen Hause das badische Land ergriffen hat, im übrigen Deutschland und zumal im Norden aufrichtig geteilt und mitempfunden wird. In der Person des Großherzogs Friedrich verkörpert sich die deutsche Geschichte der letzten fünfzig Jahre, in denen das Großherzogtum an allem, was an Freud und Leid über Deutschland dahingezogen ist, seinen vollen Anteil gehabt hat. Von den Bewegungen der Revolutionsjahre an bis zur Wiederaufrichtung des Reichs ist kein Ereignis gewesen im alten bundestäglichen Deutschland, das nicht auch Baden berührt hätte. Im Gegenteil darf man sagen, daß sowohl am Anfang wie am Schluß jener Periode Baden nächst Preußen im Vordergrunde gestanden hat; im geeinten Reich hat dann das Großherzogtum durch die Persönlichkeit seines Landesfürsten einen über seine Einwohnerzahl weit hinausreichenden Einfluß behauptet. In allen kritischen Zeiten war es der Großherzog von Baden vor allen deutschen Fürsten, auf den sich die allgemeine Aufmerksamkeit richtete, und dessen vermittelnde Tätigkeit im Kreise der deutschen Bundesglieder wiederholt zur Geltung kam. Es ist in diesen Tagen in der Presse an die erste Begegnung erinnert worden, die im Jahre 1854 der damalige preussische Bundestagsgesandte von Bismarck mit dem jungen Prinzregenten von Baden gelegentlich einer ihm von seiner Regierung übertragenen Mission nach Karlsruhe gehabt hat, und von dem sehr günstigen Eindruck, den der preussische Staatsmann bei dieser Gelegenheit von dem jungen Fürsten gewonnen hat, der damals dem preussischen Königshause noch nicht näher getreten war. Bismarck hat bekanntlich in einem Briefe an seine Gattin hervorgehoben, daß seine Anerkennungsfähigkeit nicht groß sei, man darf vielleicht hinzufügen, daß, was er an Anerkennungsfähigkeit ursprünglich gehabt haben mochte, ihm gerade in Frankfurt am Main verloren gegangen sein wird. Denn in seinen zahlreichen diplomatischen Briefen und Berichten aus jener Zeit, die schon an die Öffentlichkeit gelangt sind, findet sich wohl viel scharfe und ätzende Kritik, aber selten ein Wort der Anerkennung über Personen und Zustände. Um so bemerkenswerter ist das günstige Urteil, das er in einem Schreiben vom 31. Januar 1854 an den Minister von Manteuffel über den Regenten von Baden fällt, und wenn es im Laufe der spätern Zeit an Verschiedenheit der Anschauungen zwischen beiden nicht gefehlt hat, und wenn namentlich später im Reichsverhältnis König Ludwig der Zweite von Bayern für den Reichskanzler, zumal im Bundesrat, die sicherste Stütze war, so bleibt es doch eine historisch feststehende Tatsache, daß in allen schwierigen Augenblicken bis in die jüngste Zeit der Großherzog von Baden der Reichspolitik ein einsichtiger und kluger Berater, ein treuer Helfer geblieben ist. In Versailles hat es Bismarck anerkannt, daß der Großherzog von Baden fast der einzige gewesen sei, der ihm treu und wirksam geholfen habe, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß sich der Großherzog bei seinem königlichen Schwiegervater eines viel größern Maßes von Ansehen und Einfluß

erfreute als der eigne Sohn. Sicherlich sind ja die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen des Großherzogs zu dem König und Kaiser Wilhelm dem Ersten nicht ohne Bedeutung für sein Ansehen in Deutschland, bei den deutschen und den fremden Fürsten, aber es wäre ungerecht, behaupten zu wollen, daß Großherzog Friedrichs hervorragende Rolle nur eine Folge seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zum preussischen Königshause sei. Auch wenn seine Gemahlin nicht eine preussische Prinzessin wäre, würde er durch seine kluge und einsichtige Politik, durch sein Verständnis für nationale Bedürfnisse und internationale Situationen, durch seinen patriotischen Sinn, seine feste und opfermutige Entschlossenheit, durch die Weisheit, mit der er sein Land regiert, immer zu einer angesehenen und einflußreichen Stellung im Kreise der deutschen Fürsten berufen gewesen sein. Gewiß ist ihm seine Haltung in allen nationalen Fragen sehr erleichtert worden durch den Umstand, daß alle politischen Opfer, die zu bringen er sich freudig entschloß, dem von ihm hochverehrten Schwiegervater und dessen Machtfstellung zugute kamen. Aber er konnte in seinen Zugeständnissen freudig erheblich weiter gehen als andre deutsche Fürsten, weil er wie kein zweiter mit dem Charakter des Königs und mit dessen innerstem Gedankenkreise vertraut war. Wenn König Wilhelm schon im September 1867, ein Jahr nach den Kämpfen in Süddeutschland, bei denen ja auch Baden zu den Gegnern Preußens hatte gehören müssen, in Karlsruhe die Parade der badischen Division in einer Weise abnehmen konnte, die einer feierlichen Unterstellung unter den preussischen Oberbefehl in Gemäßheit der Augustverträge für den Kriegsfall gleich kam, ja gewissermaßen ein bedeutender militärischer Schritt in die Zukunft, dieser vorgehend, war, so war ein solcher Vorgang allerdings nur durch die vertrauensvollen persönlichen Beziehungen beider Fürsten möglich. Baden war bei dem Konflikt der beiden Großmächte zum Teil durch seine geographische Lage, zum Teil durch eine Reihe anderer Umstände und da Preußen einer preußenfreundlichen badischen Politik bei Ausbruch des Krieges keinen Rückhalt zu gewähren vermochte, aus seinem Gleise geworfen worden. Nach Wiederherstellung des Friedens hat es dann in Süddeutschland schnell die Führerrolle gewonnen, für die es bezeichnend war, daß Bismarck dem Kaiserlichen Antrage auf Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund das Wort entgegengesetzte, er könne nicht den Milchtopf abfahnen und das übrige sauer werden lassen.

Man hat in den folgenden Jahrzehnten wohl öfter in politischen Kreisen die Frage erörtert, weshalb Bismarck in seiner Rechnung Bayern meist immer Baden weit voranstellte, obwohl er durch seinen eignen Souverän doch des Großherzogs, ganz abgesehen von dessen weiser Einsicht, leicht hatte sicher sein dürfen. Aber bekanntlich waren die politischen Anschauungen und Einflüsse in der königlichen Familie nicht immer nach Bismarcks Wunsch. Außer dem König selbst war es in Karlsruhe sowohl die Königin als der Kronprinz, deren Stimme dort in das Gewicht fiel. Bei Bayern dagegen lag die Sache so, daß in der Regel ein Brief Bismarcks an den König genügte, sich sogar abweichenden Stimmen bayrischer Minister gegen die Zustimmung der Krone für schwerwiegende Maßnahmen der Reichspolitik zu sichern, denen der Großherzog unter dem Einfluß königlicher Familienstimmungen, Koburger und anderer Anschauungen, vielleicht kritisierend und keineswegs immer zustimmend gegenüberstand. Im Gegenteil ist das selbständige Urtheil, das sich der Großherzog bewahrte und bei seinem königlichen Schwiegervater zur Geltung brachte, von Bismarck wohl mitunter als eine der Erschwerungen seiner amtlichen Tätigkeit empfunden worden, über die er im engern Kreise und auch in seinen Familienbriefen so oft und bitter geklagt hat. Mit auf diesen Umstand mag es zurückzuführen sein,

daß bei der Märzkatastrophe von 1890 dem Großherzog von Baden ein hervorragender Anteil an dem Sturze Bismarcks zugeschrieben worden ist. Durchaus mit Unrecht. Der verstorbene Professor Schöll (Jena), der um diese Zeit in Berlin weilte und gerade am entscheidenden Tage vom Großherzog empfangen wurde, auf den er, weil dieser im Schloß zurückgehalten worden war, längere Zeit im Niederländischen Palais warten mußte, hat nach den eignen erregten Äußerungen des Großherzogs bezeugt, wie wenig dieser mit dem Ausgange einverstanden war, auch wenn er mit der damals von Bismarck beabsichtigten Richtung der innern Politik nicht übereinstimmte. Mag immerhin das Maß der persönlichen Sympathie zwischen dem Großherzog Friedrich und dem ersten Reichskanzler nicht auf der wünschenswerten Höhe gestanden haben, so würde dieser Umstand den Großherzog doch nie haben bewegen können, eine Entschließung zu befürworten, deren Ergebnis er als einen großen Verlust für Deutschland betrachtete. Gerade in der kritischen Zeit des Dreikaiserjahres hat die Reichspolitik wiederholt der Hilfe des Großherzogs bedurft, und dieser wiederum hatte sie dem Reichskanzler gern und willig geleistet, weil er in ihm eine Tradition verkörpert sah, die zu stützen er als seine Bundespflicht betrachtete. Heute, wo diese Zeiten weit zurückliegen, tut es der dankbaren Verehrung für den Großherzog Friedrich keinen Abbruch, mit den zahlreichen Diensten, die er Deutschland geleistet, auch sein Verhältnis zum Fürsten Bismarck zu berühren. Denn für die Größe und die Bedeutung Bismarcks hat Badens weiser Landesfürst jederzeit die volle Anerkennung gehabt, auch dann, wenn er mit ihm nicht übereinstimmte oder Bismarck es ihm persönlich erschwerte.

In der englischen Presse dauern die überwiegend unfreundlichen Erörterungen des Verhältnisses zu Deutschland fort. Es ist das an sich nicht unerwartet, denn es hat wohl niemand angenommen, daß die Cronberger Begegnung und der Aufenthalt Mr. Galdanes in Berlin ausreichen würden, die englische Presse plötzlich umzustimmen. Dazu ist auch gar keine Veranlassung vorhanden, denn neue Tatsachen in den Beziehungen beider Nationen zueinander liegen nicht vor. Die englische Publizistik bleibt auf ihren seit Jahren breitgetretenen Wegen, und nachdem in jüngster Zeit genug Veranlassung gewesen ist, die deutsche Auffassung des Verhältnisses zu England klarzustellen, darf man um so ruhiger darauf verzichten, die zahlreichen Irrtümer, Übertreibungen und Entstellungen zu berichtigen, die den Ausführungen der englischen Blätter zugrunde liegen. Die Times wärmten zum soundsovielten male die Behauptung auf, im Jahre 1875 (die Times schreiben wohl infolge eines Druckfehlers 1874) habe es der Intervention der Königin Viktoria und des Kaisers Alexander bedurft, Deutschland von einem Überfall auf Frankreich abzuhalten. Der Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm dem Ersten und dem Fürsten Bismarck, der doch auch in der Bibliothek der Times zu finden sein sollte, gibt hinreichend Aufschluß darüber, daß die Königin Viktoria damals offene Türen ein-gestoßen hat, und daß es sich von russischer Seite nur um eine vom Kaiser Alexander selbst sehr schroff beurteilte Intrigue des Fürsten Gortschakow gehandelt hat. Kaum weniger seltsam berührt der historische Schnitzer der Times, wonach England der Hegemonie Deutschlands ebenso entgegen sein müsse, wie es die Hegemonie Karls des Fünften bekämpft habe.

Wie liegt dieser historische Hergang? Franz der Erste von Frankreich hat 1526 zu Cognac mit Papst Clemens dem Siebenten, Heinrich dem Achten von England und einigen italienischen Fürsten die „Heilige Ligue“ abgeschlossen, die den Fortschritten der kaiserlichen Macht entgegenwirken sollte. Wenn den Times die Erinnerung an diese Entente als erwünschtes Vorbild für die heutige britische Politik vorschwebt, so ist vom deutschen Standpunkt dagegen um so weniger ein-

zuwenden, als sich derselbe Heinrich der Achte 1543 — siebzehn Jahre später — mit dem Kaiser zur gänzlichen Eroberung Frankreichs verband. Ja während der Kaiser schon im Herbst 1544 seinen Frieden von Crépy mit Frankreich schloß, dauerte der Krieg mit England bis zum Juni 1546. Man sieht daraus, daß auch in alter vorparlamentarischer Zeit die „Ententen“ Englands recht wechselnder Natur gewesen sind, und daß für die Times gerade kein Anlaß vorliegt, jene Politik als eine Ruhmestradition für England in Anspruch zu nehmen.

Im großen und ganzen wird bei der deutschen Presse zurzeit wenig Neigung vorhanden sein, in die durch die englische Publizistik fortgesponnene Polemik einzutreten; man wird sich darauf beschränken dürfen, die publizistischen Wetterzeichen von der englischen Küste zu registrieren und im übrigen zu warten, bis bestimmte Fragen zwischen Deutschland und England vorliegen. Sollte England in der Tat gewillt sein, auf der Haager Konferenz positive Abrüstungsvorschläge zu machen, so werden ja schon diese hinreichenden Stoff zu Erörterungen bieten, auch wenn die Herrn Campbell-Bannerman neuerdings in den Mund gelegten Äußerungen über Deutschland und die Gründe unsrer angeblichen Isolierung tatsächlich gefallen sein sollten. Gegenwärtig scheinen die englischen Blätter bei Deutschland ein Annäherungsbedürfnis vorauszusetzen, das entweder gar nicht oder doch nur in sehr geringem Umfange vorhanden ist. Am allerwenigsten besteht irgendwo in Deutschland der Wunsch, England eine Freundschaft aufzudrängen oder Frankreich aus dieser Freundschaft zu verdrängen. Jede Politik ist immer am besten daran, wenn sie mit klaren Verhältnissen zu rechnen vermag; es ist deshalb für Deutschland gar kein Grund vorhanden, ein so klares Verhältnis wie das der englisch-französischen Entente zu stören. Die Pall Mall Gazette ist der Ansicht, daß der Schwerpunkt der englischen Politik weit mehr in der Anwesenheit des Generals French bei den französischen Manövern zum Ausdruck gekommen sei als in der des Herrn Halbane in Berlin. Diese Auffassung, die von einigen Blättern als sehr grob bezeichnet wird, ist durchaus richtig, wir haben vom deutschen Standpunkt aus dagegen gar nichts einzuwenden, auch wenn mit einigem Recht bezweifelt werden darf, daß die Ansicht des britischen Kabinetts darin zum Ausdruck gelangt ist. Herr Halbane hat in Berlin, wie von englischer Seite bezeugt wird, das denkbar weitestente Gegenkommen gefunden. Deutsche Blätter haben sogar Besorgnisse geäußert, ob das in gegenwärtigen Zeitläuften einem englischen Kriegsminister gegenüber am Platze wäre. Man darf aber vielleicht doch der Ansicht sein, daß je gründlicher ein englischer Kriegsminister die deutschen Heeresinstitutionen kennen lernt, er desto mehr selbst Bedenken haben wird, das französisch-englische Einvernehmen im Sinne eines Kriegsbündnisses auszubauen.

Die wenig erfreulichen kolonialpolitischen Erörterungen in der deutschen Presse sind neuerdings um einen häßlichen Zuwachs bereichert worden, der sich jedoch zum Glück mehr als ein Zeitungsgezänk denn als ein kolonialpolitischer Vorgang kennzeichnet und durch das eingeleitete gerichtliche Nachspiel seinen Austrag finden wird. Die Erregung, die einige Tage hindurch in einem Teil der Presse wegen der Bahn Rubub-Reetmanshop bestand oder fingiert wurde, ist ebenfalls vorüber, seitdem man sich überzeugt hat, daß der Reichskanzler auf die Anträge des Obersten von Deimling, wenn auch vielleicht ungern, nicht eingegangen ist und dabei gegen Einwendungen von militärischer Seite durch das Gutachten des Großen Generalstabes, und dessen Übereinstimmung, vollkommen gedeckt ist. Damit ist nicht ausgesprochen, daß auch die Vorbereitungen für diesen Bahnbau, soweit sie die genaue Festlegung der Richtung, die genauen Berechnungen des Materials und sonstigen technischen Festlegungen betreffen, ebenfalls zu unterbleiben haben. Das korrekte

Verhalten der obersten Reichsbehörde berechtigt wohl zu der Erwartung, daß der Reichstag, wenn ihm bald nach seinem Zusammentritt eine hinreichend substantiierte Vorlage gemacht werden sollte, dieser die Genehmigung nicht versagen wird. Es würde jedenfalls nützlicher sein, einige Monate später mit der Erbauung einer Vollbahn vorzugehen, als jetzt um den Preis, wenn auch nicht eines großen Konflikts, so jedoch jedenfalls tiefgehender Verstimmungen, ein Interimistikum zu schaffen, das nachher wieder beseitigt werden müßte. In Südwestafrika ist mit und ohne Schuld des Reichstags so viel verfahren worden, daß die bedauerlichen Folgen, die mit dem Unterbleiben des Bahnbaues verknüpft sind, mit in den Kauf genommen werden können. Augenblicklich auf den Bahnbau eingehen oder ihn zulassen hieße, die Stellung des neuen Kolonialleiters von vornherein außerordentlich erschweren, und dazu kann bei der Regierung selbstverständlich kein Interesse vorhanden sein.

Der Erbprinz von Hohenlohe, der bis zum Eintritt seines Nachfolgers die Geschäfte fortgeführt hat, ist nicht ohne Bedauern von einem Amte geschieden, das er seinerzeit mit wirklichem Enthusiasmus angetreten hatte, in der Hoffnung, dem Deutschen Reiche dort erspriessliche Dienste leisten zu können. Wären ihm die Verhältnisse schon damals so bekannt gewesen, wie sie seitdem aufgedeckt worden sind, so würde er sich wahrscheinlich besonnen haben, die Stellung anzunehmen, und auch auf maßgebender Seite würde man sich wohl gleich nach dem eisernen Wesen umgesehen haben, eine Rolle, für die der Prinz allerdings nicht geschaffen war. Wenn sich jetzt einzelne Blätter beeilen, andre Posten für ihn auszusuchen, so greifen sie damit den Tatsachen bedenklich vor. Von der Nachfolgerschaft in Elsaß-Lothringen zu reden, ist schon an sich eine Taktlosigkeit gegenüber dem jetzigen Statthalter, dem Vater, die dem Prinzen schwerlich erwünscht sein kann, ganz abgesehen von mancherlei Bedenken, die gegen eine erbliche Statthalterschaft vorliegen mögen. Auch in bezug auf Botschafterposten sollten die Blätter nicht so freigebig sein; meist sind es dieselben Zeitungen, die bei andern Gelegenheiten darüber wettern, daß die hohen diplomatischen Stellungen nur mit Angehörigen des Adels besetzt werden. Was den Nachfolger Herrn Dernburg, anlangt, so läge für seine Berufung der Vergleich mit dem ehemaligen preussischen Finanzminister August von der Heydt am nächsten, der ja ebenfalls aus dem Bankkontor auf einen Ministerposten berufen wurde. Allerdings auf den ihm naheliegenden des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, für den er aber immerhin als Mitglied des Elberfelder Handelsgerichts, des rheinischen Provinziallandtags, des vereinigten Landtags von 1847 und der preussischen Nationalversammlung eine gewisse Vorbereitung mitbrachte, während Herr Dernburg sowohl ohne jede parlamentarische Vergangenheit als auch ohne jede nähere Kenntnis der Kolonialangelegenheiten ist. Von der Heydt hat sich als Handelsminister vierzehn Jahre hindurch große Verdienste erworben. Ihm unterstanden das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen; Preußen hat ihm unter anderm die Einführung des elektrischen Telegraphen zu danken. Im Jahre 1862 wurde er auf kurze Zeit Finanzminister und trat als solcher im Juni 1866 wieder ein, als der Minister von Bodelschwingh beim Herannahen des Krieges die Plinte ins Korn warf. Der Minister von der Heydt hat damals sowohl vor wie nach dem Kriege als Leiter des preussischen Finanzwesens große Dienste geleistet, er hat diesen Posten bis 1869 bekleidet, ist also im ganzen siebenzehn Jahre Minister gewesen, viel länger als das heutzutage der Fall zu sein pflegt. Freilich mag das Elberfelder Bankhaus, aus dem er hervorgegangen war, mit der heutigen Entwicklung des modernen Bankwesens durch die großen Aktienunternehmungen kaum zu vergleichen sein, aber ein so unerhörtes Novum, wie es von mancher Seite dargestellt wird, ist die Berufung eines Kaufmanns doch durchaus nicht. Aus den

Neubesschen Aufzeichnungen ist überdies bekannt geworden, daß Bismarck im Jahre 1866 an die Berufung von Finanzmännern und Industriellen an den Bundesrath gedacht hatte.

Von der Heydt am nächsten kommt Rudolph Camphausen, der Ministerpräsident der Märztage, der ebenfalls aus dem rheinischen Provinziallandtage und dem vereinigten Landtage von 1847 hervorgegangen war. Seine Ministerschaft dauerte aber nur drei Monate, dann wurde er Vertreter Preußens bei der deutschen Zentralgewalt in Frankfurt am Main, einem Posten, von dem er schied, als Friedrich Wilhelm der Vierte die Kaiserkrone ablehnte. Später ist er dann nur noch als parlamentarischer Politiker hervorgetreten. Sein Bruder Otto Camphausen, Heydts Nachfolger als Finanzminister, ist nicht aus dem Bankfach, wie manche Blätter annehmen, sondern aus der regelrechten Beamtenkarriere hervorgegangen, die er als Referendar bei der Regierung in Köln begonnen hatte. Eine „neue Ära“ ist demnach in der Berufung des Herrn Dernburg wohl kaum zu sehen, es ist auch kein „Amerikanismus“, sondern es ist damit ein Weg wieder betreten worden, der sich schon in der vorbismarckischen Zeit als gangbar und nützlich erwiesen hat.

* * *

Bismarck und die Risspiraten. Jüngst ist daran erinnert worden, daß am 9. August dieses Jahres fünfzig Jahre seit dem Kampfe des Prinzen Adalbert von Preußen gegen die Risspiraten am Kap Tres Forcas verfloßen waren, und die Grenzboten haben auch noch in Erinnerung gebracht, daß damals von einer preussischen Truppensendung gegen diese Piraten die Rede war. Von Interesse ist ein Brief Bismarcks aus jenen Tagen. Er schreibt im Urlaub aus Stolpmünde 25. August 1856 an den General von Gerlach: „Werden wir denn die Risspiraten ausgeräuchern? Ich kann in die vielseitige humane Verurteilung des Prinzen-Admirals nicht einstimmen. Einige Tropfen königliches Blut befruchten die Ehre der Armee, und es ist besser, daß unsre jungfräuliche Flagge mit Anstand, wenn auch mit Unglück, Pulver gerochen hat. Unsre Marine muß von sich hören lassen, damit man ihr den kleinen und langsamen Anfang verzeiht. Die Gelegenheit scheint sehr günstig, einen eklatanten kleinen Coup zu machen: die Menschen, die er kostet, sterben doch, ehe vierzig Jahre vergehn, und die Taler wird Vodelschwingh auch schwerlich besser als in der Ehre der Flagge anlegen können. Noch heute spricht jeder Preuße mit Stolz davon, daß unsre Flagge unter dem Großen Kurfürsten in Guinea von sich reden machte, und es sind bald zweihundert Jahre; dergleichen Erinnerungen sind wertvoller für die nationale Kraft als so manche Staatsseisenbahn und andre zivilisierte Geldfresser.“ Es sei hierzu bemerkt, daß Bismarck dieselbe Ansicht hinsichtlich der Truppensendung noch am späten Abend seines Lebens gehabt hat, als mit ihm die verfassungsmäßige Zulässigkeit der Entsendung von geschlossenen Truppenteilen des Landheeres nach Afrika besprochen wurde, die er unbedingt bejahte. Über die Staatsseisenbahnen als „Geldfresser“ hat er allerdings anders gedacht. *g*

Dürer. Rudolf Wustmann, den unsre Leser aus mancherlei feinen Aufsätzen über Gegenstände der Kunst und der geistigen Kultur kennen, hat kürzlich ein kleines Buch über Albrecht Dürer veröffentlicht, das in gedrängter und höchst lebendiger, persönlich gehaltener Darstellung auf 100 Seiten eigentlich alles berührt, was heute ein gebildeter Mensch von Dürer wissen möchte. Er setzt nicht nur eine vertraute Kenntnis, sondern auch die sorgfältigste Durcharbeitung voraus, und weil

das äußerlich bescheidne, zu der V. G. Teubnerschen Sammlung „Aus Natur- und Geisteswelt“ gehörende Bändchen (1,25 Mark) in seiner Umgebung leicht unterschätzt oder gar übersehen werden könnte, so soll ausdrücklich hervorgehoben werden, daß es eine Menge eigener Beobachtungen enthält, neue Erklärungen, Hinweise auf mögliche Anspielungen, Beziehungen auf wenig bekannte Literaturstellen und dergleichen. Kein zweites Buch führt den Leser so mühelos und angenehm auch in die Tiefen der Dürerschen Kunst. Wer es sich zu eigen gemacht hat, dem wird dann auch Heinrich Wölfflins neuestes großes Werk: „Die Kunst Albrecht Dürers“ mit 132 vorzüglichen Abbildungen (München, F. Bruckmann, 12 Mark) nicht zu schwer sein. Es behandelt die formale Seite der Dürerschen Kunst in eindringender Analyse bis in alle Details, mit dem scharfen Blick, der den Verfasser auszeichnet. Es ist ein Buch von großen Ansprüchen, nicht so freundlich im Ton wie des Verfassers „Klassische Kunst“, apodiktisch und dogmatisierend, manchmal sehr von oben herab, was sich ja nicht jeder erlauben kann. In einer so edeln und prächtigen Ausstattung ist wohl noch kein Kunstbuch dieser niedrigen Preislage erschienen.



Odol

Das Mundwasser